

Fraktion Die Linke im
Sächsischen Landtag
#sogehsolidarisch Ende
Oktober 2024

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen Landtag



Foto : André Karwath aka Aka, CC BY-SA 2.5, Wikimedia Commons

Liebe Leserin, lieber Leser,

VW steckt in der Krise, ausbaden sollen es die Beschäftigten – obwohl das VW-Management schwere Fehler gemacht hat. Wir unterstützen die Forderung, dass finanzielle Einschnitte am Kopf des Konzerns ansetzen müssen – also bei den Eigentümerfamilien Piëch und Porsche, beim Vorstand und im Management. Zuerst müssen die Dividende, die Spitzengehälter und die milliarden schweren Gewinnrücklagen angetastet werden. Bis das Unternehmen stabilisiert ist, dürfen keine Boni fließen. VW muss das vorhandene Geld nutzen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Das Management muss vor allem einen Plan vorlegen, wie die Einnahmen wachsen können: Dazu gehören eine zeitgemäße Modellpalette mit bezahlbaren Fahrzeugen ebenso wie wesentlich kürzere Innovationszyklen. Werkschließungen dürfen nicht zur Debatte

stehen! Auch die Bundesregierung muss ihre Hausaufgaben machen. Mehr dazu in [unserer gemeinsamen Erklärung](#).

Kevin Reißig, Pressesprecher

Inhaltsverzeichnis

1. Wer stopft das Finanzloch in der Pflegeversicherung?
2. Landkrankenhäuser erhalten
3. 800 Euro Lohnlücke: Westlöhne auch im Osten!
4. Tatenlosigkeit von Bund und Land treibt die Muldentalkliniken in die Privatisierung
5. Finanzprobleme an der Wurzel packen, damit die Krankenkassenbeiträge nicht noch öfter und stärker steigen
6. Corona-Krisenpolitik und Krisenkommunikation aufarbeiten – aber mit der Bevölkerung und zukunftsgerichtet
7. Auch das gibt's

Wer stopft das Finanzloch in der Pflegeversicherung?



Laut den [Verbänden der Kranken- und Pflegekassen](#) droht der Pflegeversicherung schon in diesem Jahr „ein Defizit von 1,8 Milliarden und in 2025 von 3,5 bzw. 5,8 Milliarden Euro“. Unser [erster Antrag](#) nach der Wahl hat deshalb ein klares Ziel: Wir wollen die Pflegebedürftigen entlasten, damit die Beiträge nicht steigen. Sachsen soll dafür eintreten, dass der Bund 5,9 Milliarden Euro in die Pflege-

kasse zurückführt. Dieses Geld wurde unzulässig entnommen: Damit wurden Corona-Schutzmaßnahmen in Pflegeeinrichtungen finanziert, obwohl diese mit Steuergeld hätten bezahlt werden müssen.

Landkrankenhäuser erhalten



Die umstrittene Krankenhausreform der Bundesregierung hat den Bundestag passiert. Es ist richtig, die Krankenhausfinanzierung neu zu regeln. Wir befürchten aber, dass insbesondere kleinere Krankenhäuser ersatzlos wegfallen könnten. Die Linke tritt dafür ein, alle Gesundheitsstandorte zu erhalten, wenigstens als Poliklinik mit Notaufnahme. Wo das erforderlich ist, müssen Ganztagspolikliniken

entstehen. [Die Landesregierung muss handeln.](#)

800 Euro Lohnlücke: Westlöhne auch im Osten!



Wer heute in Rente geht, hat länger in der Bundesrepublik als in der DDR gearbeitet – trotzdem klafft immer noch eine Lohnlücke von 800 Euro zwischen Ost und West. [Wer wenig verdient hat, braucht im Alter Grundsicherung.](#) Wir wollen Gerechtigkeit! Eine neue Koalition in Sachsen muss politischen Druck für höhere Löhne machen. Steuergeld darf nur an Unternehmen gehen, die ihre Leute anständig

bezahlen. Das gehört ins Vergabegesetz.

Tatenlosigkeit von Bund und Land treibt die Muldentalkliniken in die Privatisierung



Der Kreistag des Leipziger Landes hat dem Verkauf der Muldentalklinken an die Sana Kliniken AG zugestimmt. Der Landkreis sah sich der Aufgabe als Träger der Muldentalklinken nicht mehr gewachsen – nun erfolgte der Zuschlag für einen privaten Krankenhauskonzern. Diese Zwangslage ist nur entstanden, weil die Staatsregierung und der Bund nicht gehandelt haben. Wir treten weiter dafür ein, dass das Gesundheitswesen

ohne private Akteure auskommt.

Finanzprobleme an der Wurzel packen, damit die Krankenkassenbeiträge nicht noch öfter und stärker steigen



Der Krankenkassen-Zusatzbeitrag dürfte ab Januar um durchschnittlich 0,8 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent steigen – es wird nicht der letzte Beitragssprung sein, es sei denn die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenkassen werden an der Wurzel gepackt. Die Einnahmen müssen steigen, indem das Solidarprinzip durchgesetzt wird. Wer viel verdient, zahlt nur auf einen Teil seines Einkommens Beiträge oder kann

per Privatversicherung die Solidargemeinschaft verlassen. Das abzuschaffen ist der Schlüssel zur Lösung. Gleichzeitig müssen die Kassen ihre Ausgaben reduzieren können.

Corona-Krisenpolitik und Krisenkommunikation aufarbeiten – aber mit der Bevölkerung und zukunftsgerichtet



Der Antrag hat auf Antrag der AfD – und mit Zustimmung der allermeisten BSW-Abgeordneten, die eigentlich die AfD schwächen wollten – einen Corona-Untersuchungsausschuss eingesetzt. Wir wollen keinen Schlusstrich, sondern Krisenpolitik und Krisenkommunikation aufarbeiten, zum Beispiel in einer Enquete-Kommission. Beides hat Wunden in der Gesellschaft hinterlassen. Es gab Maßnahmen, von

denen wir heute wissen, dass sie überzogen waren. Ein Untersuchungsausschuss ist für diese Debatten aber nicht das beste Format, aus verschiedenen Gründen. Wir wollen stattdessen die Bevölkerung einbeziehen, insbesondere denjenigen, die aus begründeter Sorge um sich selbst und andere solidarisch handelten.

Auch das gibt's



Derzeit landen sehr viele Katzenbabys in den sächsischen Tierheimen, die deshalb große Probleme damit haben, die Tiere zu versorgen. Das kommt leider nicht überraschend. Genau das wollten wir vermeiden, als wir 2023 unser Katzenschutzgesetz vorlegten. Damit Freigänger sich nicht mehr so stark mit wildlebenden Katzen fortpflanzen, sollen die Kommunen deren Besitzer verpflichten dürfen, ihre

Tiere zu kastrieren und zu chippen. CDU, Grüne, SPD und AfD lehnten das ab – deshalb wächst das Tierleid weiter. Der Landtag könnte sofort unser Gesetz verabschieden – es ist beschlussreif.

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

Telefon: 0351 4935800

Fax: 0351 4935460

linksfraktion@slt.sachsen.de

[Folgen Sie uns auf Facebook](#)

[Folgen Sie uns auf X](#)

[Folgen Sie uns auf Instagram](#)

[Folgen Sie uns auf Youtube](#)

[Folgen Sie uns auf Flickr](#)

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)